



# Jugendsession 2021

04. - 07. November

## Dossier Klimaschutz

Autorin: Mira Plüss

Expert\*innen: Martina Zahno / Bettina Kast (BAFU), Georg Klingler (Greenpeace) und Patrick Hofstetter (WWF)



## Inhaltsverzeichnis

Nachhaltigkeit	4
Bezug zur Agenda 2030	6
Glossar	7
Worum geht es?	7
Klimawandel	7
Pariser Klimaabkommen	8
Klimabudget	9
Klimastrategie Schweiz	10
Klimaklagen	10
Gesetzliche Grundlagen	10
Energiegesetz	10
CO2-Gesetz	11
Was läuft aktuell in der Politik	11
Überarbeitung des Energiegesetz	11
Gletscherinitiative	11
Initiative zur Förderung von erneuerbaren Energien	12
Fridays for Future / Klimastreik / Grève du Climat	12
Forderungen der JuSe	12
Nützliche Links	13
Quellenverzeichnis	14
Abbildungsverzeichnis	17

## Nachhaltigkeit

Eine nachhaltige Entwicklung ermöglicht die Befriedigung der Grundbedürfnisse aller Menschen und stellt eine gute Lebensqualität sicher, überall auf der Welt, sowohl heute als auch in Zukunft. Die Befriedigung der Grundbedürfnisse und die Sicherstellung einer guten Lebensqualität aller Menschen bedeutet, freie Wahlmöglichkeiten für die eigene Lebensweise zu haben, ohne andere Menschen heute und in Zukunft in ihren Wahlmöglichkeiten einzuschränken (intragenerationelle und intergenerationelle Gerechtigkeit). Für die Erreichung dieses Ziels hat die UNO einen Orientierungsrahmen geschaffen: Die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung mit ihren 17 Zielen für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals, SDGs). Diesen Zielen liegen die fünf handlungsleitenden Prinzipien Mensch, Planet, Wohlstand, Frieden und Partnerschaft zugrunde (englisch: *People, Planet, Prosperity, Peace, Partnership*). Neben den drei **inhaltlichen Zieldimensionen** Mensch, Planet und Wohlstand definieren die zwei **Umsetzungsdimensionen** Frieden und Partnerschaft die notwendigen Voraussetzungen, die für eine nachhaltige Entwicklung gegeben sein müssen.



### Zieldimensionen:

- *Ökologische Verantwortung (Planet):*

Die Menschheit ist in der Verantwortung, die natürlichen Lebensgrundlagen zu erhalten. Die Aktivitäten des Menschen bewegen sich im Rahmen der Kapazitäten und der Funktionsfähigkeit der natürlichen Ökosysteme. Die Leistungen, die Ökosysteme dem Menschen gegenüber erbringen (wie die Bereitstellung natürlicher Ressourcen, Schutzleistungen, oder Kulturleistungen) sowie ihre Regulierungsfähigkeit sind langfristig sichergestellt.

*Damit wird gewährleistet, dass die planetaren Belastbarkeitsgrenzen eingehalten werden.*

- *Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit (Prosperity):*

Das Wirtschaftssystem dient dem Gemeinwohl und sorgt für menschenwürdige und gleichberechtigte Arbeitsbedingungen. Die Wirtschaft verfügt über die nötigen Grundlagen und Rahmenbedingungen, um leistungsfähig, produktiv, widerstandsfähig und innovativ zu sein. Das wirtschaftliche Kapital (Realkapital, Finanzkapital, Humankapital, Sozialkapital und Naturkapital) bleibt langfristig erhalten. Staatsschulden werden geringgehalten, sodass künftige Generationen in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung nicht behindert werden.

*Damit wird gewährleistet, dass alle Menschen in der Lage sind, einen Lebensstandard zu erreichen, mit dem sie genügend materielle Grundlagen für ein gutes Leben haben.*

- *Gesellschaftliche Solidarität (People):*

Die Menschen erachten und behandeln sich als gleichwertig und respektieren die Würde aller Menschen. Die Menschenrechte und die freie Entfaltung der Persönlichkeit sind für jeden Menschen sichergestellt. Die Grundbedürfnisse sind erfüllt und der Wohlstand ist gerecht verteilt. Soziale Sicherungssysteme bieten Schutz vor gesundheitlichen und ökonomischen Risiken. Es

herrschen gleichberechtigte Beziehungen zwischen allen Menschen unabhängig von Herkunft, Rasse, Geschlecht, Alter, Sprache, sozialer Stellung, Lebensform, religiösen weltanschaulichen, politischen Überzeugung oder körperlichen, geistigen oder psychischen Behinderungen.

*Damit wird gewährleistet, dass alle Menschen ein integrierter Bestandteil der Gesellschaft sein können, Gerechtigkeit für alle herrscht und soziale Spannungen geringgehalten werden können.*

#### **Umsetzungsdimensionen:**

- *Frieden und Rechtstaatlichkeit (Peace):*

Frieden, Rechtsstaatlichkeit und gute Regierungsführung sind eine grundlegende Voraussetzung für die nachhaltige Entwicklung. Gewaltentrennung, partizipative Institutionen und ein gleichberechtigter Zugang zur Justiz sind zu gewährleisten, damit friedliche und inklusive Gesellschaften entstehen können.

- *Koordinierte und solidarische Zusammenarbeit (Partnership):*







Nachhaltige Entwicklung basiert auf einem gemeinsamen, koordinierten und partnerschaftlichen Zusammenwirken von Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Wissenschaft. Das Prinzip der solidarischen Zusammenarbeit ist von besonderer Bedeutung, da nur inklusiv gestaltete Prozesse sicherstellen können, dass alle Interessen in Entscheidungsprozessen berücksichtigt werden und niemand übergangen oder zurückgelassen wird.

Nachhaltige Entwicklung ist ein gesamtheitlicher Ansatz. Die Berücksichtigung der drei **Zieldimensionen** hat in integrierter, gleichwertiger und ausgewogener Weise zu erfolgen.

- *Integriert:* Die drei Dimensionen bedingen sich gegenseitig. Nur durch intakte natürliche Ressourcen kann eine leistungsfähige Wirtschaft entstehen. Nur durch eine intakte Wirtschaft kann Wohlstand entstehen. Nur durch eine solidarische Gesellschaft kann der Wohlstand gerecht verteilt und politische Prozesse so ausgestaltet werden, dass die natürlichen Ressourcen langfristig erhalten bleiben.
- *Gleichwertig:* Alle drei Dimensionen sind von gleicher Wichtigkeit. Nur als Gesamtpaket können der Erhalt der natürlichen Ressourcen, die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und die gesellschaftliche Solidarität sicherstellen, dass alle Menschen langfristig in der Lage sind, ihre Grundbedürfnisse zu befriedigen und eine gute Lebensqualität zu erreichen.
- *Ausgewogen:* Nachhaltige Entwicklung ist ein Aushandlungsprozess. Nicht in allen Entwicklungsprozessen können alle drei Dimensionen immer gleichermassen berücksichtigt werden. Falls in konkreten Kontexten oder in Bezug auf konkrete Probleme eine gleichwertige Berücksichtigung nicht möglich ist, sind Defizite in benachteiligten Dimensionen auszugleichen (z.B. durch flankierende Massnahmen oder Kompensation).

## Bezug zur Agenda 2030

Die Agenda 2030 greift das Thema Klimaschutz in folgenden SDGs bzw. deren Unterzielen (Targets) auf:

SDG	Target	Zielsetzung
 13 MASSNAHMEN ZUM KLIMASCHUTZ	13.2	Klimaschutzmassnahmen in die nationalen Politiken, Strategien und Planungen einbeziehen
 13 MASSNAHMEN ZUM KLIMASCHUTZ	13.3	Die Aufklärung und Sensibilisierung sowie die personellen und institutionellen Kapazitäten im Bereich der Abschwächung des Klimawandels, der Klimaanpassung, der Reduzierung der Klimaauswirkungen sowie der Frühwarnung verbessern
 13 MASSNAHMEN ZUM KLIMASCHUTZ	13.a	Die Verpflichtung erfüllen, die von den Vertragsparteien des Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen über Klimaänderungen, die entwickelte Länder sind, übernommen wurde, bis 2020 gemeinsam jährlich 100 Milliarden Dollar aus allen Quellen aufzubringen, um den Bedürfnissen der Entwicklungsländer im Kontext sinnvoller Klimaschutzmassnahmen und einer transparenten Umsetzung zu entsprechen, und den Grünen Klimafonds vollständig zu operationalisieren, indem er schnellstmöglich mit den erforderlichen Finanzmitteln ausgestattet wird
 7 BEZAHLBARE UND SAUBERE ENERGIE	7.2	Bis 2030 den Anteil erneuerbarer Energie am globalen Energiemix deutlich erhöhen
 7 BEZAHLBARE UND SAUBERE ENERGIE	7.3	Bis 2030 die weltweite Steigerungsrate der Energieeffizienz verdoppeln
 11 NACHHALTIGE STÄDTE UND GEMEINDEN	11.5	Bis 2030 die Zahl der durch Katastrophen, einschliesslich Wasserkatastrophen, bedingten Todesfälle und der davon betroffenen Menschen deutlich reduzieren und die dadurch verursachten unmittelbaren wirtschaftlichen Verluste im Verhältnis zum globalen Bruttoinlandsprodukt wesentlich verringern, mit Schwerpunkt auf dem Schutz der Armen und von Menschen in prekären Situationen

## Glossar

Begriff	Bedeutung
Albedo-Effekt	Albedo bezieht sich auf das Reflexionsvermögen einer Oberfläche (von 0 bis 1). Beim Albedo-Effekt handelt sich um einen Effekt, bei dem verschiedene Oberflächen die Sonnenstrahlung unterschiedlich stark reflektieren. Beispielsweise Wasser weist eine Albedo von 0,1 auf, während strahlend weißes Eis mit einem Wert von 0,8 deutlich mehr Sonnenlicht zurückwirft. Dieser Effekt spielt insbesondere in den Polarregionen eine Rolle, da beim Schmelzen der Gletscher der Wert sinkt, was zu einer Verstärkung der Erwärmung führt und das Eis dadurch noch schneller schmilzt (Titz 2012, Weltderphysik.de).
Treibhausgas-emissionen	Dabei handelt es sich um den Ausstoss von sogenannten Treibhausgasen (wie Kohlendioxid, Methan, etc.), welche auch durch menschliches Handeln verursacht werden und so den natürlichen Treibhauseffekt verstärken (OECD 2021).
Reduktionsziel	Es geht bei nationalen Bestrebungen oder internationalen Übereinkommen oft darum, dass jedes Land ein längerfristiges Ziel bestimmt, um die Treibhausgasemissionen bis zu einem bestimmten Zeitpunkt zu reduzieren. Beispielsweise wird aktuell in der Schweiz das Netto-Null Ziel bis 2050 diskutiert, welches der Bundesrat 2019 festgelegt und im Januar 2021 mit der Verabschiedung der langfristigen Klimastrategie bekräftigt hat. Dies würde bedeuten, dass die Schweiz ab 2050 nicht mehr Treibhausgase ausstossen darf, als natürliche und technische CO <sub>2</sub> -Speicher aufnehmen können (MK, 27.08.2021).  Solche Reduktionsziele für Treibhausgasemissionen werden oft mit Bezug auf ein Basisjahr definiert. In der Schweiz und vielen anderen Ländern ist das Basisjahr 1990. Seit dem Pariser Klimaabkommen von 2015 werden zudem fixe Jahreszahlen für das Erreichen des Zustandes von netto-Null definiert (PH, 08.07.2021).
Weltklimarat IPCC	Der Weltklimarat wird offiziell "Intergovernmental Panel on Climate Change" genannt. Dieser vereint Forscher*innen aus ca. 195 Ländern, um regelmässig den neuesten Stand des Wissens zur Veränderung des Klimas zusammenzutragen (IPCC 2021).

## Worum geht es?

Der Klimaschutz ist ein weltweit dringendes Thema. Um sicherzustellen, dass unsere und zukünftige Generationen auf der Erde leben können, braucht es ein lebenswürdiges Klima und eine funktionierende Umwelt. Wie es mit dem Klimawandel aktuell aussieht, sowie Strategien diesen zu bremsen werden in diesem Dossier aufgearbeitet und erklärt.

### **Klimawandel**

Die aktuelle globale Erderwärmung beträgt ca. 1,2°C und laut den neuesten Berechnungen steuert die Welt mit den aktuellen politischen Massnahmen auf eine durchschnittliche Erwärmung von 2,9°C zu (Climateactiontracker.org). Dies kann dazu führen, dass Hitzetage zunehmen und extreme Wetterphänomene wie verstärkte Niederschläge, Unwetter oder Hitzeperioden häufiger auftreten werden (Meteoschweiz.ch 2018). Die folgende Darstellung zeigt vereinfacht, wie sich die

Risiken für die Menschheit mit steigender Temperatur verändern: Es ist offensichtlich, dass selbst bei der Einhaltung des 2°C - Ziels tödliche Konsequenzen wie Essensknappheit drohen (taz.de, 2018).

### Wie heiß darf es werden?

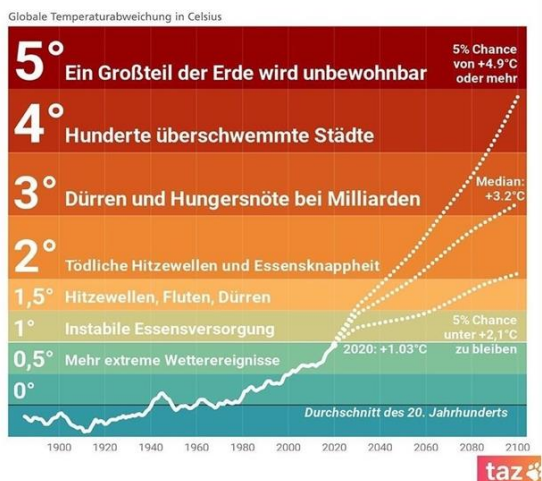
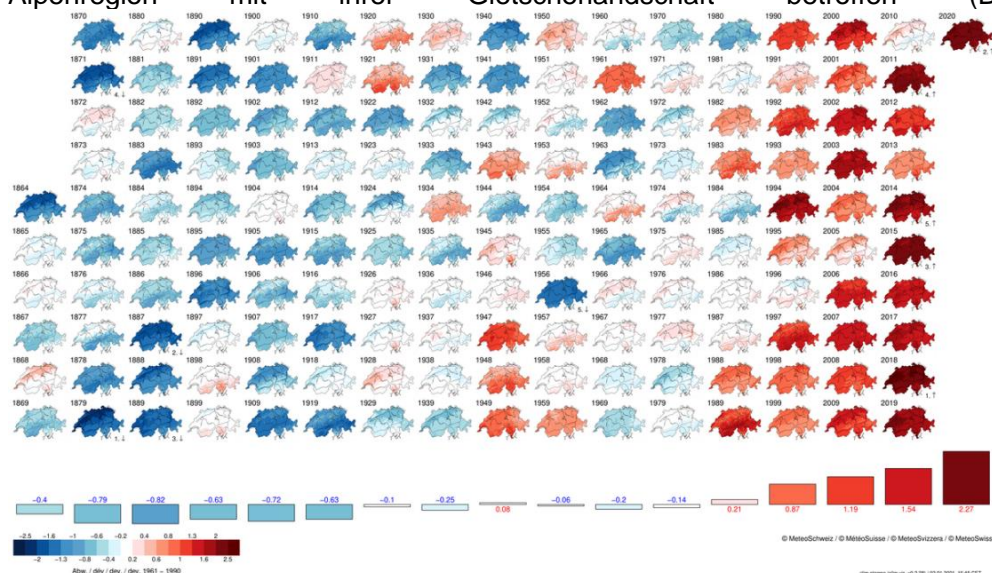


Abbildung 1: Vereinfachung der Konsequenzen der Temperaturerhöhung (Quelle: taz.de, IPCC Sonderbericht 2018, GK 08.2021)

In der Schweiz ist der Klimawandel bereits relativ weit fortgeschritten: Seit 1864 beträgt die Erwärmung über 2°C (Meteoschweiz.ch, 2021). Damit ist die Erwärmung rund doppelt so stark wie im globalen Mittelwert, was insbesondere an der zentralkontinentalen Lage und dem veränderten Albedo-Effekt liegt. Konkret bedeutet das, dass im inneren des Kontinents eine stärkere Erwärmung stattfindet als an den Küsten / in den äusseren Bereichen. Besonders stark ist die Alpenregion mit ihrer Gletscherlandschaft betroffen (BAFU, 2020).



(Bemerkungen: Abweichungen von 1961 - 1990)

Abbildung 2: Angabe der Temperaturabweichungen von 1864 - 2019 (Quelle: Meteoschweiz.ch, 2021)

Diese Abbildung 2 zeigt vereinfacht auf, dass in den letzten 30 Jahren die Temperatur stets höher als der Mittelwert der Jahre 1961-1990 war.

### Pariser Klimaabkommen

Aufgrund der enormen Risiken einer ungebremsten Klimaerwärmung wurde 2015 auf internationaler Ebene das Klimaabkommen von Paris beschlossen. Darin wurde insbesondere das Ziel festgelegt, die Erderwärmung auf deutlich unter 2°C möglichst unter 1.5°C gegenüber dem vorindustriellen Niveau zu beschränken. Im Abkommen wurde festgelegt, dass dafür die Treibhausgasemissionen schnell reduziert werden und letztlich netto null erreichen müssen.



Ebenso wurde festgestellt, dass reichere Länder bei dieser Aufgabe voranschreiten und ärmeren Länder beim dafür notwendigen Umbau der Gesellschaft und Wirtschaft unterstützen sollten. Konkret müssen die Emissionen für eine Begrenzung der globalen Erwärmung auf maximal 1.5°C weltweit bis 2050 auf netto null abgesenkt werden. Da die Weltgemeinschaft noch weit von der Erreichung des selbstgesteckten Ziels entfernt ist, wurde vereinbart, dass die Mitgliedstaaten alle 5 Jahre nationale Reduktionsziele definieren und diese bei den Vereinten Nationen einreichen (BAFU, 2018).

Das primäre Ziel ist dabei in allen Staaten, die Treibhausgase im Inland so stark wie möglich zu reduzieren. Ein geringer Anteil des Reduktionsziels darf jedoch auch über ausländische Emissionsreduktionen erreicht werden. Dabei wird ein System von Anrechnung der ausländischen Emissionsreduktionen verwendet, da es für den Klimaschutz zweitrangig scheint, in welchen Ländern die Emissionen reduziert wird. Vereinfacht gesagt, können sich Mitgliedstaaten durch internationale Klimaschutzprojekte bis zu einem bestimmten Umfang den eigenen Klimazielen anrechnen lassen. Im Rahmen des Pariser Abkommens werden aktuell noch die nötigen Spielregeln definiert. Die Schweiz hat deshalb beispielsweise eigene Projektverträge mit u.a. Peru vereinbart, wobei noch keine Emissionen wirklich übertragen wurden. Da schlussendlich sämtliche Emissionen eliminiert werden müssen, ist dieses Kompensationssystem jedoch nur eine Übergangslösung (MZ, 10.06.2021).

Alle Staaten erstellen zudem Anpassungspläne an die aktuelle klimatische Lage und sind zur regelmässigen Berichterstattung verpflichtet. Zusätzlich verpflichtet das Übereinkommen Industrieländer weiterhin, andere Länder finanziell unterstützen. So gab es das gemeinsame Ziel der Industrieländer, ab 2020 jährlich 100 Milliarden USD an öffentlicher und privater finanzieller Unterstützung zu sammeln. Dieses Ziel wurde bis 2025 bestätigt und ein Folgeziel verlangt (BAFU, 2018).

Im Rahmen des Pariser Klimaabkommens wurden ausserdem Klimafonds etabliert, wie der Green Climate Fonds, welcher der grösste weltweit ist. Dieser Fond soll die (Entwicklungs-) Länder dabei unterstützen, ihre definierten Reduktionsziele zu erreichen und die Erwärmung unter 1,5°C zu halten (Greencimate.fund).

### **Klimabudget**

Da bekannt ist, wie stark sich das Klima aufgrund einer bestimmten Menge an Treibhausgasemissionen aufheizt, kann berechnet werden, wie viele Emissionen insgesamt noch ausgestossen werden dürfen, um die angestrebte Temperaturgrenze einhalten zu können. Diese noch verfügbare Menge an Emissionen wird oft als Klimabudget oder CO<sub>2</sub>-Budget bezeichnet. Da CO<sub>2</sub> das einflussreichste Klimagas ist, wird das Budget oft nur für dieses Gas berechnet.

Das verbleibende Klimabudget zeigt, dass die Anstrengungen zur Reduktion von Emissionen für die bevorstehenden Jahre besonders wichtig sind, da sonst eine Begrenzung auf 1.5°C ausser Reichweite gelangen kann. Daher werden die 2020er Jahre oft als die kritischen Jahre für den Klimaschutz bezeichnet und jedes Land ist dazu aufgefordert unmittelbar wirksame Massnahmen zur Vermeidung von Emissionen aufzugleisen.

Laut den neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen ist das globale Budget in ca. 6 Jahren aufgebraucht, wenn die Emissionen auf ähnlichem Niveau wie vor der COVID-19 Pandemie bleiben. Wenn man davon ausgeht, dass jedes Land gleiches Recht auf die Nutzung der Atmosphäre hätte, hätte die Schweiz kein Budget mehr. Die Emissionen pro Kopf waren in der Vergangenheit viel höher im internationalen Vergleich. Die vom Bundesrat beschlossene Klimastrategie für die Schweiz mit netto Null Emissionen bis 2050 führt in der gegenwärtigen Form zu einer starken Übernutzung des noch vorhandenen globalen Budgets, da die Schweiz ihr Handeln nicht auf diesen Rechnungen basiert (GK, 26.07.2021, siehe auch Brief Gletscherinitiative).

## Klimastrategie Schweiz

Um das Pariser Klimaübereinkommen und das Netto-Null-Ziel bis 2050 einzuhalten, hat der Bundesrat die langfristige Klimastrategie der Schweiz am 27. Januar 2021 verabschiedet (BAFU 2021). Einerseits soll das Netto-Null-Ziel durch Anpassungen in der Energiepolitik (durch Steigerung der Energieeffizienz, Ausbau der erneuerbaren Energien und den Atomausstieg) erreicht werden. Dazu gibt es auch die Energieperspektiven 2050+ (cf. interessante Links).

Nebst der Klimastrategie, setzt die Schweiz zur Erreichung der klimapolitischen Ziele konkrete Massnahmen ein. Mehr dazu in den Kapiteln über die gesetzlichen Grundlagen.

### **Klimaklagen**

Aufgrund der heute schon spürbaren und sich in Zukunft verschlimmernden Folgen der Klimaveränderungen wird zunehmend auch auf dem Rechtsweg versucht, einen verstärkten Klimaschutz einzufordern. Argumentiert wird, dass ein zu schwacher Klimaschutz zur Verletzung von Grundrechten führt, die jedoch durch die Verfassung und auch die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK) geschützt sind.

Nachdem in den Niederlanden im Jahr 2015 eine solche Klage vor Gericht erfolgreich war, wurden weltweit weitere Klagen gestartet. Darunter auch die Schweizer Klage des Vereins der Klimaseniorinnen. Diese fordern den Bundesrat auf gerichtlichem Weg dazu auf, eine grundrechtskonforme Klimapolitik aufzugleisen (Klimaseniorinnen.ch 2020). Das Ziel ist nicht, dass ein Gericht Klimapolitik macht, sondern, dass eine grundrechtlich definierte Mindestanforderung für die Politik bestimmt wird. Die Frage, wie einer solchen Anforderung entsprochen werden soll, bleibt Aufgabe der Politik.

Der Anklagepunkt der Klimaseniorinnen lautet, dass der Bund mit der aktuellen Klimapolitik gegen die Bundesverfassung (Vorsorgeprinzip und Recht auf Leben) und die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK) verstösst. (Klimaseniorinnen.ch, 2020) Nachdem das Bundesverwaltungsgericht sowie auch das Bundesgericht die Beschwerde der KlimaSeniorinnen ablehnten, wurde eine Beschwerde beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) eingereicht. Der EGMR hat im März 2021 der Beschwerde Priorität verliehen und die Schweiz zur Stellungnahme verpflichtet (Klimasionniorinnen.ch). Laut Frau Keller, einer ehemaligen Richterin des EGMR, zeige dies, dass Klimaklagen neuerdings eine hohe Priorität für den EGMR haben (Kučera, 2021/ NZZ.ch).

Falls die Beschwerde beim EGMR nach vertiefter Prüfung und dem Einholen von Drittmeinungen im Sinne der KlimaSeniorinnen beurteilt würde, wäre der Bundesrat dazu verpflichtet, Massnahmen in die Wege zu leiten, um den Klimaschutz in der Schweiz effektiv zu verstärken. Ein Richterspruch am EGMR könnte zudem als Präzedenzfall Auswirkungen auf alle 47 Europaratsländer und darüber hinaus haben (Klimaseniorinnen.ch/ Greenpeace, 26.03.2021).

## Gesetzliche Grundlagen

### **Energiegesetz**

Die Wahl der Energiequellen spielt eine wichtige Rolle. Die Grundlagen dazu stehen in diesem (SR 730.0 Art.1) Dieses Gesetz soll noch im 2021 überarbeitet werden, um die nötige elektrische Energie zu produzieren, damit das Netto-Null Ziel bis 2050 erreicht werden kann. (Energieradar.ch) Es wird vorgesehen, die erneuerbaren Energien auszubauen und beispielsweise die Elektromobilität Gesetz. Es dient dazu eine wirtschaftliche und umweltverträgliche Energieversorgung sicherzustellen (Vorschlag des Bundesrats, 18.06.2021). Durch den Ausbau der umweltverträglicheren Energien soll auch Strommangel vermieden werden. Insgesamt ist das Energiegesetz insbesondere auf eine Verbesserung der Versorgung mit Elektrizität fokussiert (BFE, 2020).

Für einzelne Massnahmen, welche den Verbrauch von Energie in Gebäuden regeln, sind vor allem die Kantone zuständig. Es gibt also kantonale Energiegesetze, welche durch die Konferenz der Kantonalen Energiedirektor\*innen (EnDK) koordiniert werden. Doch was die Klimapolitik im

Bereich Verkehr und in der Industrie betrifft, ist vor allem der Bund verantwortlich (MK, 23.06.2021).

### **CO<sub>2</sub>-Gesetz**

Das CO<sub>2</sub>-Gesetz legt die Schweizer Ziele fest, um die Regeln der internationalen Klimaübereinkommen einzuhalten wie dem Kyoto-Protokoll (1997) und dem anschliessenden Pariser Abkommen. Die erste Fassung ist im Jahr 2000 in Kraft getreten (FEDLEX BBI 2018 247 : S. 261). Zuerst wurde auf freiwillige Massnahmen gesetzt, als sich jedoch klarstellt, dass dies nicht reicht, wurden klare Ziele definiert: die Emissionen in der Periode von 2008–2012 sollen durchschnittlich um 8 Prozent gegenüber 1990 gesenkt werden. Nach der Erfüllung dieses Zieles kam es 2011 zur ersten Totalrevision des Gesetzes. Damit sollen die im Inland ausgestossenen Treibhausgase um mindestens 20 Prozent bis 2020 gegenüber 1990 gesenkt werden (FEDLEX BBI 2018 247 : S. 262).

Die Totalrevision von 2021 beabsichtigte die verstärkte Weiterführung der Massnahmen und sowie neue Instrumente wie höhere CO<sub>2</sub>-Abgaben auf Heizöl und Gas eingeführt, für Neuwagen und Gebäude, sowie Kompensationspflicht für fossile Treibstoffimporteure. Dies hätte dies zu höheren Benzinpreisen geführt. Ausserdem wurde eine Flugabgabe vorgeschlagen, welche zwischen 30 – 120 CHF kosten sollte (NZZ Vonplon 2021). Per Referendum haben die Schweizer Stimmberechtigten das neue Gesetz abgelehnt. Trotz der Ablehnung bleibt das im Rahmen des Pariser Abkommens gesetzte internationale Klimaziel gültig, und die Schweiz muss bis 2030 die Treibhausgasemissionen um 50 Prozent im Vergleich zu 1990 zu senken.

Dies hat folgende Konsequenzen: einige der etablierten Massnahmen laufen Ende 2021 ab. Ausserdem können sich Unternehmen ab Ende dieses Jahres nicht mehr von der CO<sub>2</sub>-Abgabe befreien lassen. Zudem gibt es die erwähnte Kompensationspflicht für Treibstoffimporteure nicht mehr, weshalb sie nicht mehr verpflichtet sind, Klimaschutzprojekte finanziell zu unterstützen. Laufenden Projekten entfällt somit die Finanzierung (BAFU, 2021). Durch das Auslaufen dieser Massnahmen werden die angestrebten Reduktionsziele verfehlt. Schliesslich können die geplanten Massnahmen weder verstärkt, noch erweitert werden. Dies wird zur Folge haben, dass ca. nur 23% der Emissionen bis 2030 reduziert werden können. Zudem droht durch diesen Entscheid eine Rechtslücke, weshalb das Parlament nun rasch eine Übergangslösung für auslaufende Instrumente des CO<sub>2</sub>-Gesetzes präsentieren muss und dann eine neue Vorlage zur Weiterentwicklung der Schweizer Klimapolitik ausgearbeitet werden muss. (MK, 23.06.2021, cf. UREK- N, 2021)

## **Was läuft aktuell in der Politik**

### ***Überarbeitung des Energiegesetzes***

Wie bereits angedeutet, befindet sich auch das Energiegesetz in Überarbeitung. Am 18. Juni hat der Bundesrat eine Botschaft zum aktuellen Stand veröffentlicht. Es geht insbesondere darum, die einheimischen erneuerbaren Energien zu fördern und die Versorgung in der Schweiz zu sichern, insbesondere auch für den Winter. Konkret werden neue Richtwerte für 2035 und 2050 festgelegt. Vor allem im Ausbau der Wasserkraft, weiterer erneuerbarer Energien sowie der Reduktion des Energie- und Elektrizitätsverbrauchs pro Person. Die bisherigen Förderinstrumente werden bis 2035 verlängert (BFE, 2021).

### ***Gletscherinitiative***

Im November 2019 hat der Verein Klimaschutz Schweiz die Volksinitiative "Für ein gesundes Klima" bzw. die Gletscher-Initiative eingereicht. Im April 2020 hat der Bundesrat beschlossen, einen direkten Gegenentwurf vorzuschlagen. In beiden Fällen geht es hauptsächlich um das Ziel Netto-Null bis 2050. Während die Initiant\*innen ein Verbot der fossilen Energien fordern, möchte der Bundesrat davon absehen und offenlassen, ob die CO<sub>2</sub> Emissionen durch Reduktionen im In- oder im Ausland zu kompensieren sind. Im Juni 2021 veröffentlichen die Initianten einen Brief an den Bundesrat, indem sie die Forderungen darlegen. Diese werden von renommierten Wissenschaftler\*innen bestätigt und beglaubigt (Andermatt 2021). Der Gegenvorschlag verfolgt

ebenfalls das Netto-Null-Ziel bis 2050. Allerdings setzt der Bund dabei nicht auf ein Verbot fossiler Energieträger. Ausserdem soll die Situation der Rand- und Bergregionen stärker berücksichtigt werden (Der Bundesrat, 11.08.2021). Die Verantwortlichen der Gletscherinitiative begrüßen dies, bleiben jedoch kritisch gegenüber den fossilen Energien nicht zu begrenzen (Fürst 2021).

### ***Initiative zur Förderung von erneuerbaren Energien***

Mit einer 2019 eingereichten parlamentarischen Initiative verlangt Bastien Girod die einheitliche Förderung von erneuerbaren Energien. Im neuen Energiegesetz sollen Windenergieanlagen, neue Kleinwasserkraftanlagen sowie Biogas-, und Photovoltaikanlagen ab 100 Kilowatt eine Einmalvergütung bekommen, d.h. einen einmaligen finanziellen Unterstützungsbeitrag. Für die Umsetzung der Energiestrategie ist es wichtig, verschiedene erneuerbare Formen der Stromproduktion zu unterstützen. Mit den bisherigen Regeln droht ab 2023 eine Ungleichbehandlung der Förderung der erneuerbaren Energien. Diese Initiative soll also verhindern, dass gewisse erneuerbaren Energien ungleich gefördert werden (Curiavista.ch 19.443).

### ***Fridays for Future / Klimastreik / Grève du Climat***

Seit ca. 2018 machen junge Menschen immer wieder auf die Klimakrise aufmerksam. Es werden regelmässig Streiks und Klimademonstrationen organisiert. Die Bewegung fordert insbesondere, dass der Bund den nationalen Klimanotstand ausruft. Dies würde bedeuten, dass der Klimawandel als Katastrophe sowie als zu bewältigende Krise anerkannt wird.

Ausserdem wird verlangt, dass die Bevölkerung dementsprechend transparent informiert und aufgeklärt wird (Climatestrike.ch, 2021). Die Bewegung fordert ausserdem Klimagerechtigkeit, das heisst, dass bereits benachteiligte Menschen durch die geforderten Massnahmen nicht weiter belastet werden, sondern man versucht dies auszugleichen. Zudem verlangt die Bewegung den sofortigen Ausstieg aus den fossilen Energieressourcen und keine Finanzflüsse mehr in klimaschädliche Projekte bis 2030. Dies kann etwa bedeuten, dass es keine Investitionen (z.B. der Banken) in Projekte zur Förderung fossiler Energien mehr geben darf. Im Januar 2021 hat die Bewegung den sogenannten Climate Action Plan veröffentlicht, ein Dokument, welches in Zusammenarbeit mit Wissenschaftler\*innen über 100 Massnahmen definiert hat, die die Klimaerwärmung effektiv verringern sollen (Climatestrike.ch, 2021).

### ***Forderungen der JuSe***

An der Jugendsession 2019 forderte die Jugend mit einer Petition mit dem Namen "Die Produkt-Odyssee" eine klare Angabe des Fussabdrucks auf verkauften Produkten. Dies wurde vor allem mit Bezug auf das Recht auf Transparenz begründet. Diese Angaben sollten es den Konsument\*innen ermöglichen, ihre Einkaufsentscheidungen bewusst und frei treffen zu können (Forderungen JUSE.ch, 2019). Das Forum hat die Petition weiterverfolgt und es entstand daraus eine angenommene Motion, die verlangte, dass CO<sub>2</sub>-Ettiketten über die Emissionen der Produkte angegeben werden müssen (Grunder, 2019/ Curiavista.ch 19.3918).

Bereits im Jahr 1991 hat sich die Jugendsession mit dem Thema des Klimas befasst und in einer Petition festgestellt, dass Änderungen des Lebensstandards nötig seien. Ihre Forderung bezog sich unter anderem auf eine aktive Menschenrechtspolitik (1), Beitritt in die Europäische Gemeinschaft (2), Schutz der Umwelt (3), gerechter Welthandel & Sicherung der Grundbedürfnisse (4), Entwicklungshilfe durch 1 % des Schweizer BIP (5), Verhinderung von Flüchtlingsströmen (6), ein Verbot des Waffenexports & Abbau der Militärkosten (8) sowie bessere Informationen über Entwicklungspolitik (9) (Forderungen Juse.ch, 1991).

## Nützliche Links

Links	QR Code
<p>Dossier zum Klima (BAFU) <a href="https://www.bafu.admin.ch/bafu/de/home/themen/klima.html">https://www.bafu.admin.ch/bafu/de/home/themen/klima.html</a> (20.08.2021)</p>	
<p>Langfristige Klimastrategie 2050 (BAFU) <a href="https://www.bafu.admin.ch/bafu/de/home/themen/klima/fachinformationen/emissionsverminderung/verminderungsziele/ziel-2050/klimastrategie-2050.html">https://www.bafu.admin.ch/bafu/de/home/themen/klima/fachinformationen/emissionsverminderung/verminderungsziele/ziel-2050/klimastrategie-2050.html</a> (20.08.2021)</p>	
<p>Webseite Klimastreik Schweiz <a href="https://climatestrike.ch/de">https://climatestrike.ch/de</a> (20.08.2021)</p>	

## Quellenverzeichnis

### Glossar :

IPCC (2021) : Der Weltklimarat. Zwischenstaatlicher Ausschuss für Klimaänderungen [online]  
<https://www.de-ipcc.de/119.php> (20.08.2021)

Titz, Sven (2012): Helles Eis und dunkles Wasser – die Eisalbedo-Temperatur-Rückkopplung, auf weltderphysik.de [online]  
<https://www.weltderphysik.de/gebiet/erde/atmosphaere/klimaforschung/eisalbedo/> (20.08.2021)

OECD (2016) : Die OECD in Zahlen und Fakten 2015-2016, Treibhausgasemissionen, 21.06.2016 [online] <https://doi.org/10.1787/factbook-2015-62-de> (20.08.2021)

### Text:

Andermatt, Michèle (2021) : Brief unserer Wissenschaftler:innen an den Bundesrat [online]  
<https://gletscher-initiative.ch/blog/brief-unserer-wissenschaftler-innen-an-den-bundesrat> (31.07.2021)

BAFU (2018) : Das Übereinkommen von Paris [online]  
<https://www.bafu.admin.ch/bafu/de/home/themen/klima/fachinformationen/klima--internationales/das-uebereinkommen-von-paris.html> (01.07.2021)

BAFU (2018) : Faktenblatt 2 Revision Energiegesetz (EnG), S.1-2. [online]  
<https://www.newsd.admin.ch/newsd/message/attachments/60799.pdf> (01.07.2021)

BAFU (2020) : Klimawandel in der Schweiz: Neuer Bericht zeigt Ursachen, Folgen und Massnahmen [online], Bern, 16.11.2020 <https://www.bafu.admin.ch/bafu/de/home/themen/klima/mitteilungen/msg-id-81144.html> (01.07.2021)

BAFU (2020) : CO<sub>2</sub>-Abgabe [online]  
<https://www.bafu.admin.ch/bafu/de/home/themen/klima/fachinformationen/verminderungsmassnahmen/co2-abgabe.html> (02.09.2021)

BAFU (2020): Rückverteilung der CO<sub>2</sub>-Abgabe [online]  
<https://www.bafu.admin.ch/bafu/de/home/themen/klima/fachinformationen/verminderungsmassnahmen/co2-abgabe/rueckverteilung.html> (02.09.2021)

BAFU (2021) : Langfristige Klimastrategie 2050 [online]  
<https://www.bafu.admin.ch/bafu/de/home/themen/klima/fachinformationen/emissionsverminderung/verminderungsziele/ziel-2050/klimastrategie-2050.html> (01.07.2021)

BAFU (2021) : Massnahmen, die mit dem Nein zum CO<sub>2</sub>-Gesetz per 1. Januar 2022 auslaufen oder beschränkt werden [online]  
<https://www.bafu.admin.ch/bafu/de/home/themen/klima/dossiers/klimaschutz-und-co2-gesetz/auslaufende-massnahmen.html> (07.01.2021)

BAFU (2021): Klimapolitik der Schweiz Umsetzung des Übereinkommens von Paris. S.10-11 [online]  
<https://www.bafu.admin.ch/dam/bafu/de/dokumente/klima/ui-umwelt-info/klimapolitik-der-schweiz.pdf.download.pdf/klimapolitik-der-schweiz-1803.pdf> (01.07.2021)

Blülle, Elia und Seibt, Constantin (2021) : Obduktion einer vergeigten Kampagne, in : die Republik, 12.06.2021 [online] <https://www.republik.ch/2021/06/12/obduktion-einer-vergeigten-kampagne> (01.07.2021)

Climastrike.ch (2021) : Unsere Kritik am CO<sub>2</sub>-Gesetz. [online] <https://climatestrike.ch/de/posts/co2-law-referendum> (01.07.2021)

Climastrike.ch: Offizielle Website. Movement & Einführung und Vision [online] <https://climatestrike.ch/de/movement>, <https://climatestrike.ch/de/posts/cap-0-introduction-and-vision-executive-summary> (01.07.2021)

Climateactiontracker.org (2021) : Warming Projections Global Update [online] <https://climateactiontracker.org/publications/global-update-climate-summit-momentum/> (01.07.2021)

Climatestrike.ch (2021) : Klimaktionsplan. [online] [https://admin.climate-prod.ch/uploads/Klima\\_Aktionsplan\\_1\\_0\\_930148c051.pdf](https://admin.climate-prod.ch/uploads/Klima_Aktionsplan_1_0_930148c051.pdf) (01.07.2021)

Damon Matthews, H., Tokarska, K.B., Rogelj, J. et al (2021) An integrated approach to quantifying uncertainties in the remaining carbon budget. *Commun Earth Environ* **2**, 7 [online] [doi.org/10.1038/s43247-020-00064-9](https://doi.org/10.1038/s43247-020-00064-9) (01.07.2021)

Der Bundesrat (2020) : Gletscher-Initiative: Bundesrat eröffnet Vernehmlassung zu direktem Gegenentwurf, 02.09.2020 [online] <https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-80266.html#:~:text=Bern%2C%2002.09.2020%20%2D%20Der,Gegenentwurf%20zur%20Gletscher%2DInitiative%20er%2C%20B6ffnet.&text=Der%20Gegenvorschlag%20des%20Bundesrates%20verfolgt,Schweiz%20auf%20Netto%2DNull%20sinken.> (01.07.2021)

Der Bundesrat (2021) : Bundesrat verabschiedet Botschaft zum Bundesgesetz über eine sichere Stromversorgung mit erneuerbaren Energien, 18.06.2021 [online] <https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-84018.html> (01.07.2021)

Der Bundesrat (2021): Botschaft zur Volksinitiative «Für ein gesundes Klima (Gletscher-Initiative)» und zum direkten Gegenentwurf (Bundesbeschluss über die Klimapolitik), 11. 08. 2021 [online] <https://www.news.admin.ch/news/message/attachments/67729.pdf>

Energieradar.ch (2020): Revision Energiegesetz [online] <http://www.energiesradar.ch/revision-energiegesetz#:~:text=Am%203.,bis%20zum%2012.%20Juli%202020.&text=April%202020%20hat%20das%20UVEK%20die%20Vernehmlassung%20zu%20Verordnungs%20C3%A4nderungen%20im%20Energiebereich%20er%2C%20B6ffnet.> (01.07.2021)

FEDLEX (2018) : BBI 2018 247 | Botschaft zur Totalrevision des CO<sub>2</sub>-Gesetzes nach 2020 [online] <https://www.fedlex.admin.ch/eli/fga/2018/107/de> (02.09.2021)

FEDLEX (2018): Energiegesetz, Stand 01.01.2018 [online] <https://fedlex.data.admin.ch/filestore/fedlex.data.admin.ch/eli/cc/2017/762/20180515/de/pdf-a/fedlex-data-admin-ch-eli-cc-2017-762-20180515-de-pdf-a.pdf> (01.07.2021)

FEDLEX (2021) : 641.71 Bundesgesetz über die Reduktion der CO<sub>2</sub>-Emissionen, Stand 01.01.2021 [online] <https://www.fedlex.admin.ch/eli/cc/2012/855/de?manifestation=https:%2F%2Ffedlex.data.admin.ch%2Ffilestore%2Ffedlex.data.admin.ch%2Feli%2Fcc%2F2012%2F855%2F20210101%2Fde%2Fhtml%2Ffedlex-data-admin-ch-eli-cc-2012-855-20210101-de-html-2.html>

Friedlingstein, P. et al. (2019): Global Carbon Budget 2019, *Earth System Science Data*, **11**, 1783–1838, [online] <https://essd.copernicus.org/articles/11/1783/2019/> (01.07.2021)

- Girod, Bastien (2019) : 19.443. Parlamentarische Initiative. Erneuerbare Energien einheitlich fördern. Einmalvergütung auch für Biogas, Kleinwasserkraft, Wind und Geothermie. [online] <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20190443> (02.09.2021)
- Greenclimate.fund (2021) : About GCF. [online] <https://www.greenclimate.fund/about> (01.07.2021)
- Greenpeace (2021): Schweizer Klimaklage nimmt erste Hürde am Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte und wird prioritär behandelt. [online]
- Grunder, Hans (2019): 19.3918 MOTION. CO2-Etikette auf Lebensmitteln, auf Curiavista.ch, 21.06.201 [online] <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20193918>
- JUSE (1991): Die Schweiz in der Welt, in der Forderungsdatenbank [online] <http://forderungen.jugendsession.ch/de/demand/193/show> (01.07.2021)
- JUSE (2019) : Die Produkt-Odysee, in der Forderungsdatenbank. [online] <http://forderungen.jugendsession.ch/de/demand/317/show> (01.07.2021)
- Klimaseniorinnen.ch (2020): Offizielle Website. Seiten : Über uns, warum wir klagen. [online] [https://klimaseniorinnen.ch/\[MP1\]](https://klimaseniorinnen.ch/[MP1]) (01.07.2021) <https://klimaseniorinnen.ch/wp-content/uploads/2021/03/Schweizer-Klimaklage-nimmt-erste-Hu%CC%88rde-am-EGMR-und-wird-priorita%CC%88r-behandelt.pdf> (31.07.2021)
- Kučera, Andrea (2021) : Helen Keller mischt sich in die Debatte um Klimaklagen ein, in : NZZ.ch, 08.05.2021 [online] <https://nzzas.nzz.ch/schweiz/helen-keller-mischt-sich-in-die-debatte-um-klimaklagen-ein-ld.1624295?reduced=true&mktcval=Twitter&mktcid=sms> (01.07.2021)
- Meteoschweiz.ch (2018) : Globaler Klimawandel [online] <https://www.meteoschweiz.admin.ch/home/klima/klima-weltweit/globaler-klimawandel.html> (01.07.2021)
- Meteoschweiz.ch (2021) : Klimawandel Schweiz [online] <https://www.meteoschweiz.admin.ch/home/klima/klimawandel-schweiz.html> (01.07.2021)
- Ringendinger, Balz (2021): Volk lehnt CO2-Gesetz mit 51,6 % ab, auf Swissinfo.ch. 13.06.2021 . [online] <https://www.swissinfo.ch/ger/co2-gesetz-resultat/46698004> (01.07.2021)
- Schleiniger, R. (2021): Klimaziele der Schweiz: Reicht das CO2-Budget? . In : Die Volkswirtschaft, 1–2/2021, S. 32-34. [online] [https://dievolkswirtschaft.ch/content/uploads/2020/12/12\\_Schleiniger\\_DE.pdf](https://dievolkswirtschaft.ch/content/uploads/2020/12/12_Schleiniger_DE.pdf) (01.07.2021)
- Swissinfo.ch (2021): Überflutete Strassen nach Gewittern in Cressier NE [online], 23.06.2021 <https://www.swissinfo.ch/ger/ueberflutete-strassen-nach-gewittern-in-cressier-ne/46727362> (01.07.2021)
- Thomi, Samuel (2021) : Junge lehnten CO2-Gesetz deutlich ab – Klimastreik rechtfertigt Absichtsstehen, in Aargauerzeitung.ch : 15.06.2021 <https://www.aargauerzeitung.ch/news-service/inland-schweiz/erste-nachwahlbefragung-junge-lehnten-co2-gesetz-deutlich-ab-klimastreik-rechtfertigt-abseitsstehen-ld.2151181> (01.07.2021)
- United Nations (2021) : SDGS The 17 Goals. [online] <https://sdgs.un.org/fr/goals> (01.07.2021)
- UREK-N (2021): Medienmitteilung. Massnahmen des heutigen CO2-gesetzes weiterführen, 22.06.2021. [online] <https://www.parlament.ch/press-releases/Pages/mm-urek-n-2021-06-22.aspx> (01.07.2021)
- Vonplon, David (2021); Das CO2-Gesetz auf einen Blick, 05.05.2021 in der NZZ [online]



<https://www.nzz.ch/schweiz/das-co2-gesetz-auf-einen-blick-ld.1613662?reduced=true> (02.09.2021)

## Abbildungsverzeichnis

**Abbildung 0: Die 17 SDGS. [online]**

<https://www.unesco.de/sites/default/files/styles/1280w/public/2018-05/SDGs%20German%20Red%20JPEG.jpg> (01.07.2021)

**Abbildung 1: Vereinfachung der Konsequenzen der Temperaturerhöhung (Quelle: taz.de, IPCC Sonderbericht 2018, GK 08.2021)**

**Abbildung 2: Angabe der Temperaturabweichungen von 1864 - 2019 [online]**

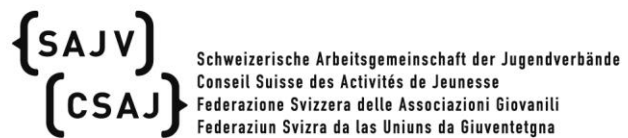
[https://www.meteoschweiz.admin.ch/content/meteoswiss/de/home/klima/klimawandel-schweiz/\\_jcr\\_content/content/textimage\\_4/image.mchimg.png/1610011957463.png](https://www.meteoschweiz.admin.ch/content/meteoswiss/de/home/klima/klimawandel-schweiz/_jcr_content/content/textimage_4/image.mchimg.png/1610011957463.png)

[online]





SAJV | Projektleitung Jugendsession  
projektleitung@jugendsession.ch  
www.jugendsession.ch



Dieses Thema wurde erarbeitet mit der Unterstützung des *Bundesamtes für Umwelt, Greenpeace* und des *WWF*.